

12
10
8
6
4
2
1
0
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 252.

Jahrgang 1904

Wagner-Preis für Gedichte und Belletristik 250 Mark, dazu die 100 besten 2 Mark für das Beste.
Die Gedichte werden erst nach dem 1. April 1905 veröffentlicht. — Gedichte werden in deutscher Sprache
eingesandt. — Gedichte werden in deutscher Sprache eingereicht. — Gedichte werden in deutscher Sprache eingereicht.

Zweite Ausgabe

Wagner-Preis für die beste politische Gedächtnisrede über den Krieg für die 100 besten
wird am 1. April 1905 veröffentlicht. — Gedichte werden in deutscher Sprache eingereicht. — Gedichte werden in deutscher Sprache eingereicht.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 122.

Donnerstag, 8. November 1900.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon Nr. 221.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 6. November.

* Der Kaiser, der Dienstag Abend aus Liebenberg nach Berlin zurückkehrte, besuchte die Nacht im Schloß. Gestern Morgen um 9 1/2 Uhr empfing er den Chef des Ingenieur- und Bionierkorps und General-Inspiziteur der Festungen General der Infanterie Freiherr von der Goltz zum Vortage. Um zehn Uhr wohnte er der Vereidigung der Rekruten der Garnisonen Berlin, Spandau, Charlottenburg und Groß-Bieberfeld im Militärpark bei und nahm nach derselben eine größere Anzahl militärischer Meldungen entgegen, darunter diejenige des kommandierenden Generals des 13. (königlich württembergischen) Armeekorps Generals der Infanterie Freiherr v. Wolfenhausen und des Kommandeurs der königlich sächsischen 4. Infanterie-Brigade Nr. 45 General-Major D. G.

Bei der Vereidigung der Rekruten waren die Mannschaften in einem großen Viereck aufgestellt. Neben dem Feldmarschall stand die Gesellschaft. Anwesend waren die Prinzen des königlichen Hauses, die Generalität, die Admiralität und die fremdbürtlichen Offiziere. Um 10 Uhr erschien der Kaiser zu Pferde mit dem Generalmajor D. G. und ritt die Fronten ab. Die Vereidigung erfolgte brigadenweise, jedesmal vor dem Kaiser, der Johann in die Mitte des Vierecks ritt und eine Ansprache hielt. Der kommandierende General des Gardekorps v. Bock und Raloch sprach ein Wort auf den Kaiser aus, worauf die Nationalhymne spielte. Der Kaiser nahm den Paradebericht über die Infanteriekompanie ab und kehrte darauf in die Schloss-Restaurant. Bei der Vereidigung hielt der Kaiser, wie das „N. Z.“ berichtet, nachstehende Ansprache:

„Ihr habt Euerem König und obersten Kriegsherrn soeben einen heiligen Eid geschworen und seid nunmehr des Königs Soldaten geworden. Der Militärstand ist ein besonderer Stand und stellt besondere Anforderungen und Anforderungen an den Körper und den Geist. Ihr müßt Euch insbesondere gewöhnen, Euch unterzuordnen, Euch einzufügen in ein Ganzes, ohne die Unterordnung nach dem Gewissen zu befehlen. Ihr habt den Eid der Treue geschworen. Euerem Kriegsherrn. Euerer Kaiserin und Eurer Königin haben keine Gelegenheit gehabt, Eueren Treue abzufragen. Ihr habt den Eid niederkommen aufzusuchen, Ihr habt auch im Inneren die Ordnung aufrecht zu halten. Die Fahnen werden Euch umschweben übergeben. Ihr habt dafür zu sorgen, daß sie in Zukunft unbeschädigt bleiben. Ihr habt Euch ein ideales Ziel gesetzt, macht Euch dessen wach.“

* Der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen wird bis Ende dieses Monats das Reichskanzlerpalast räumen und seine Wohnung nach Unter den Linden in Berlin verlegen.

* Die Meldung des „Oberfeld. Tagbl.“, wonach eine Reorganisation des Eisenbahnbauwesens bevorsteht, die bestehende 21 Eisenbahndirektionen aufgehoben und an ihrer Stelle 6 Generaldirektionen eingeleitet werden, welche Erhebungen flüchtig bereits eingeleitet sein sollen, ist, wie von vornherein vermutet werden mußte, im Ganzen wie im Einzelnen frei erfunden. Die vor wenigen Jahren erst durchgeführte Reorganisation unserer Eisenbahnverwaltung hat sich in allen Beziehungen durchaus bewährt; weshalb also eine Veränderung vorgenommen werden soll, ist nicht einzusehen.

* Aus der deutschen Presse ist in auswärtigen Zeitungen die Nachricht übergegangen, zwischen Deutschland und Japan seien Verhandlungen wegen eines Abzuges von Singan nach Nagasaki geführt, dessen Lösung nunmehr bevorstehe. Die Nachricht entbehrt nach der „Nord. Allg. Z.“ der Begründung. Es liegt auf der Hand eine Verwechslung mit dem Kabel von, welches demnach zwischen Tientsin und Shanghai gelegt werden soll.

* Auf der Tagesordnung der dieswöchigen Sitzung des Bundesrats steht zunächst die Vorlage betreffend den Entwurf einer Verordnung über den Zeitpunkt, von welchem an die durch die Revision der Arbeiterversicherung notwendig werdenden Institutionen an die Stelle der bisherigen nach Berufsvereinigungen errichteten Schiedsgerichte treten. Ferner sollen beraten werden der Antrag des dritten und vierten Ausschusses betreffend die Darlegungspflicht über Einkünfte von Einkünftebesitzern für Weizen, des landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreich Sachsen zu Dresden betreffend den Erlaß von Stempelsteuern für ungenutzte Schuldenverreibungen, fernerlich mündliche Ausführenden über folgende Punkte des Etats: Etat für das Schutzgesetz für Eisenbahnarbeiter, Etat für die Marineverwaltung, Etat des Reichsjustizministeriums, Etat für das Reichsamt des Innern und Etat des Reichsamt des Innern.

* Am 26. Oktober hat in diesen Tagen eine Konferenz über die Bekämpfung des inländischen Schmutzwassers und insbesondere über die Handhabung der sanitären Kontrolle stattgefunden. Zu der Konferenz war eine Anzahl von Schmutzwasser-Interessenten zugegen. Ueber die Erörterungen wird vorläufig nichts bekannt, jedoch ist in Vorzug gebracht, allgemein einen Sanitätsrat von 50 Mitgliedern für alle Sorten Abwässer zu wählen; von diesem Ratgebe werden die im Ausland gebrachten Erfahrungen beizubehalten. Die Steuerkontrolle soll in den Fabriken ausüben werden durch Aufstellen einer Steuerkarte, die durch die Besondere und die Art des Aufnehmens eine Steuerüberprüfung ermöglicht. Die aus Verfall, anderen Dingen und Grundstücken be-

gestellten Schmutzwasser sollen einer Steuer von nur 10 Pf. unterworfen werden. Die Fabrikanten sollen verpflichtet sein, die Art des Schmutzwassers und die Menge der zur Befreiung heranzuziehenden Flächen vorher bekanntlich anzugeben.
* In den Kolonialrat, der heute zu einer Sitzung zusammentritt, sind berufen worden: Vizeminister z. D. v. Ballois, geschäftsführender Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, sein Vorgänger Vizepräsident Scheiner Rath Graf Sachse, Graf Dauten-Gast, Herr Meyer-Dehms-Sandburg. Der letztere hat bekanntlich den Vorstand der Reichshilfe Berlin-Charlottenburg auf der vorjährigen Straßburger Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft vertreten. Von einer Vertiefung einer größeren Anzahl Reichstagsmitglied, die früher in Erwägung gezogen worden, scheint einleuchtend Abstand genommen zu sein. Es würde sich, so meinen dazu die „N. N.“, vielleicht empfehlen, den Gedanken nicht ganz aufzugeben. Man würde damit im Reichstage einen festen Kern für die kolonialen Bestrebungen schaffen; die koloniale Gruppe der französischen Deputiertenkammer hat sich als außerordentlich erfolgreich und nützlich erwiesen.

* Kollektionsprüfung für deutsche Kolonialerzeugnisse. In einem Entwurf des neuen Zolltarifs, der bei der Berechnung von Sachverhältnissen im Wirtschaftlichen Ausschuss zu Grunde gelegt wurde, findet sich kein erster Abschnitt, Gruppe E., Kolonialerzeugnisse fremder Staaten, mit einschließlichen Erzeugnissen nicht konkurrenzfähig, die Anmerkungen: Erzeugnisse aus deutschen Kolonien zahlen die Hälfte der folgenden Zölle. Es scheint also, bemerkt die „Frankf. Ztg.“, daß, als ob die Reichsregierung im vorhin geäußert sei, auf die Wünsche der Kolonialgesellschaft (Kollektionsprüfung für deutsche Kolonialerzeugnisse) eingegangen.
* Prinz Prosper Arenberg ist zur Verfügung seiner 15-jährigen Gefängnisstrafe in das Gerichtsgewand nach Hamburg eingeleitet worden.

* Reichstag und Marokko. Aus Tanger wird gemeldet: Der deutsche Gesandte Herr v. Menninger hat gestern auf S. M. S. „Gneisenau“ die Stelle nach Marokko angetreten, um sich von dort nach Marokko an den Hof des Sultans zu begeben.

China.

Unsere Vermutung, daß die jetzigen Operationen des Grafen Waldersee gegen den kaiserlichen Hof in Tientsin gipfeln wird, erhält heute eine neue Bestätigung. In aller Stille ist eine Expedition der Verbündeten von Tientsin aus südwärts am Kaiserlichen entlang vorgerückt, und es ist offenbar, daß sie den jetzigen Sitz der chinesischen Regierung, mindestens durch Sperrung der nach den Küsten führenden Straßen, bedrohen soll. Ein Telegramm meldet:

Shanghai, 7. November. Eine Expedition der Verbündeten ist plötzlich bei Tainanfu und Tschoufu erschienen, wo der Hoangho und der Kaiserlauf sich treffen. Sie ist offenbar dem Kanal entlang abwärts maršiert. Es werden über 2000 Mann chinesische Truppen engagiert. Des Hofes in Tientsin hat sich ein panischer Schrecken bemächtigt.
Der chinesische Hof trifft demnach bereits Vorbereitungen, um dem Eindringen der Verbündeten in die Provinz Schansi Widerstand entgegenzusetzen. Während er selbst damit droht, daß er sich bei weiteren Vordringen der fremden Truppen noch mehr in das Innere des Landes zurückziehen würde, haben auch namhafte Generale Befehl erhalten, mit ihren Armeen den Vorstoß der Verbündeten aufzuhalten. Prinz Yuan soll nach einer chinesischen Meldung aus Peking, die Hauptstadt von Kanfu, dort durchgereist sein und Minghsifu am oberen Hoangho erreicht haben. Er soll als buddhistischer Priester unter dem Schutz des bekannten Generals Tungtschang gereist sein, der von der Kaiserin-Wittve zwei Monate Urlaub erhalten hätte. Junghu zögert, sich nach Singanfu zu begeben, weil er sich vor der Rache der Vorgesetzten, welche ihn als Verräther bezeichnen. Die Schanghai-Chinesen behaupten, Luduanlin, der frühere Gouverneur von Kanfu, welcher zum Präsidenten des Handelsamtes befördert worden ist, sei seit noch ein größerer Fremdenfeind, als Kanfu es gewesen.

Nach chinesischen Privatnachrichten, die direkt aus der Provinz Schansi kommen, soll der Kaiser im Begriff stehen, über Kanon nach Peking zurückzukehren. Aber aber kann chinesischen Nachrichten auch nur im Mindesten getrauen?
Berlin, 7. November. Ueber das Gesecht bei Tientsin-Tientsin meldet Generalfeldmarschall Graf Waldersee folgende Einzelheiten:
Der Feind war etwa 2000 Mann stark. An Toten wurden bei ihm aufgefunden drei Offiziere und 78 Mann. Die diesseitigen Verluste sind: Major v. Hörsier leicht verwundet, vier Mann todt, vier Mann schwer und drei leicht verwundet. Bei der Verwundung ist noch ein Schiffsenergieoffizier erbeutet worden.
Der „Agentia Stefani“ wird aus Peking gemeldet:

Eine gemischte aus Deutschen und Italienern bestehende Kolonne unter dem Befehl des Obersten Carioni ist von Peking nach hierher zurückgezogen. Die Kolonne, die nur aus 350 Mann bestand, griff mit großer Kühnheit die befestigte Stadt Kanhsien an, welche von 1500 mit Gewehren bewaffneten Chinesen und Artillerie verteidigt wurde. Nach einem heftigen Kampfe besetzte die gemischte Kolonne die Stadt, entwarfnete die chinesischen Soldaten und erbeutete acht Kanonen. Von der Kolonne wurde nur ein Mann schwer verwundet, einige andere wurden leicht verwundet.

Ueber den Stand der Friedensverhandlungen, meldet die „Times“ aus Peking über Taku:
Die vorläufigen Verhandlungen der auswärtigen Gesandten machen langsame Fortschritte. Bei der gestrigen Zusammenkunft der Gesandten wurde ein Vorschlag des englischen Gesandten vorgetragen, welcher dahin geht, daß der vorläufige Friedensvertrag eine Klausel enthalten solle, der zufolge China sich ausdrücklich verpflichten müsse, die Handelsverträge umzuformen. Dies hat den Zweck, China zu zwingen, viele Unzulänglichkeiten zu beseitigen, welche dem Handel sehr schaden. Obwohl China bereits seine Bereitwilligkeit zu dieser Reform ausgedrückt hat, so ist dieser Vorschlag doch gestern auf 22 d. B. zurück, und es ist zweifelhaft, ob derselbe dem vorläufigen Friedensvertrag eingeleitet werden wird, obwohl jede handelsbetrieblige Nation immer neue Handelsverträge durchsetzen will. Der französische Gesandte hat sich dem von dem englischen Gesandten, ist immer noch nicht im Stande, diesen Zusammenkünften seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Ausland.

Italien.

Die Affäre von Neapel.
Wie die Zeitungen melden, soll der Ministerrat gestern beschloffen haben, den Gemeinderath von Neapel aufzulösen, einen königlichen Kommissar zu ernennen und gleichzeitig eine Untersuchungskommission in Sachen der Munizipalverwaltung von Neapel einzusetzen; der König wird heute das betreffende Dekret unterzeichnen.
In der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths zu Neapel gab der Bürgermeister und seine Beigeordneten über die Entlassung, ebenso mehrere Gemeinderäte. Der Gemeinderath nahm dann einen Antrag an, in welchem die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt wird und wählte mit 55 Stimmen von 58 anwesenden Mitgliedern einen neuen Bürgermeister und neue Beigeordnete, aber die aus der Minorität erwählten Gemeinderäte erklärten sofort, daß sie das Mandat nicht annehmen.

England.

Vom Ministerium.

Folgende Veränderungen im Kabinett werden amtlich bekanntgegeben: Lord Präsident der Hofverwaltung, General Valfour Präsident des Handelsamtes, Lord Northam Vorkämpfer von Irland, Viscount Cranborne Untersekretär im Auswärtigen Amt, Arthur Chamberlain Finanzsekretär im Schatzamt, Lord Stanley Finanzsekretär im Kriegsamte, Arnold Forster Parlamentssekretär in der Admiralität.

Nordamerika.

Die Präsidentenwahl.

Es ist festgesetzt, daß die Mehrheit der Electoren auf dem Namen Mac Kinley gewählt ist. Ueber die Staaten, welche während der Wahlkampagne als zweit- und dritstimmig, liegen folgende Nachrichten vor: Mac Kinley wird in Delaware mit einer Majorität von 100 Stimmen liegen. Des republikanische Nationalkomitee findet auch die Wahl Mac Kinleys in West-Virginia und gleichfalls eine republikanische Mehrheit in Tennessee. In diesem letzteren lauten die letzten Vorberichte aus Westraja zu Gunsten Mac Kinleys. Der Obmann des demokratischen Komitees in Maryland gibt an, daß die Republikaner in diesem Staat gefehlt haben. Von den obengenannten Staaten waren Delaware, Indiana, Maryland, West-Virginia und Michigan schon früher republikanisch, Nordraja demokratisch. Aus dem bisher demokratischen Kansas liegen noch keine Meldungen vor.
Die Mehrheit Mac Kinleys im Staat New-York beträgt 125 226 Stimmen. Der Staat wählte 22 Republikaner und 12 Demokraten. In dem Kongress wählte die Majorität gegen die Mehrheit Mac Kinley in Michigan auf 60 000 Stimmen sein. Die republikanische Mehrheit in New-York lieferte 40 000 Stimmen überreichen. Der bei Mac Kinley sich befindende Wähler-Damm theilt mit, Mac Kinley sei in 27 Staaten mit 284 Electoralstimmen durchgedrungen. In Arizona gaben die Freunde Bryan bereits Dienstag um 11 1/2 Uhr Nachts den Sieg Mac Kinley an. Bryan lag während dieser Zeit in tiefem Schlaf. Er stirbete sich seit zwei Stunden nicht um die eintreffenden Wahlzettel.

Nach den letzten Wahlergebnissen hat Mac Kinley in 29 Staaten gezeigt, Bryan in den übrigen 16 Staaten. Mac Kinley hat insgesamt 205 Electoralstimmen, Bryan 142. Die letzten Meldungen über die Kongresswahlen haben ergeben, daß bisher 168 Republikaner, 139 Demokraten, ein Unionist, ein Populist und ein Anhänger der freien Selbstregierung gewählt sind; die Ergebnisse aus 46 Staaten liegen noch aus.
Wiele Tage hat der von den Republikanern im Respektanten-haus gewonnenen Siege hat auch die für den Senat gestiftete Mehrheit vergrößert und wird Mac Kinley in den Senat gehen, den Kongress zu beiderzeiten. Bryan wünscht nach seiner Niederlage als Präsidentenwahlkandidat einen Sitz im Senat zu erlangen, um aber nicht zu scheitern, hat er sich nicht angetraut, die Legislatur von Westraja republikanisch zu sein.

Der Prozeß Sternberg in Berlin.
Wie die ministerielle „Ber. Kor.“ meldet, ist dem Polizeidirektor v. Weerschede-Hülffessen nach dem Ergebnisse seiner am Dienstag stattgehabten gerichtlichen Vernehmung im Prozeße Sternberg folgende die weitere Ausübung seiner dienstlichen Funktionen unterlagt worden:
Sein Beginn der gestrigen Sitzung wird Polizeidirektor von Meerfeld-Hülffessen nochmals zum Präsidenten eingehend über seine geschäftlichen und politischen Verbindungen zu Sternberg vernommen. Meerfeld erklärt, daß auch seine Frau und Tochter keine Verbindungen zu Sternberg erlitten. Wenn auch Sternfeld in eine andere Abteilung gekommen war, so hätte Kriminalkommissar von Teslow, zu dessen Deputat die Sache Sternberg gehörte, jederzeit Sternfeld über die dieser Sache heranziehen

